

ÜBERSETZUNG

KÖNIGREICH BELGIEN

GUTACHTEN 49.609/1 UND 49.628/1
VOM 23. JUNI 2011

DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG
DES STAATSRATES

Der STAATSRAT, Gesetzgebungsabteilung, erste Kammer, der am 2. Mai 2011 von dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebeten wurde, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, die bis zum 1. Juli 2011 verlängert wurde, ein Gutachten über

- 1° einen Vorentwurf eines Dekrets „zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 27. April 2006 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Seychellen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Brüssel am 14. Juli 2009“,
- 2° einen Vorentwurf eines Dekrets „zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Seychellen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen samt Protokoll, geschehen zu Brüssel am 27. April 2006“,

abzugeben, hat nach Untersuchung der Vorentwürfe in seinen Sitzungen vom 26. Mai 2011 und vom 23. Juni 2011 folgendes Gutachten abgegeben:

Unter Anwendung von Artikel 84 § 3 Absatz 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung hauptsächlich darauf konzentriert, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage¹ sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

*
* *

1. Der zweite zur Begutachtung vorgelegte Vorentwurf (49.628/1) zielt darauf ab, einem Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Seychellen² und einem Protokoll zu diesem Abkommen³ zuzustimmen.

Der erste zur Begutachtung vorgelegte Vorentwurf (49.609/1) zielt darauf ab, einem Protokoll zur Änderung des Abkommens⁴ zuzustimmen.

2. Aus den dem Begutachtungsantrag beigelegten Dokumenten geht hervor, dass die Arbeitsgruppe „gemischte Verträge“, die das Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Bestimmungen für den Abschluss von gemischten Verträgen eingesetzt hat, am 26. Oktober 2010 der Auffassung war, dass das Abkommen ein gemischter Vertrag ist⁵.

Was die Gemeinschaften betrifft, geht es jedoch nicht um einen gemischten Vertrag. Artikel 2 Paragraph 1 des Abkommens bestimmt tatsächlich, dass „taxes on income imposed on behalf of a Contracting State or its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied“ unter dieses Abkommen fallen und aus Artikel 2 Paragraph 3 a) ergibt sich, dass es sich bezüglich Belgien spezifisch um die Einkommensteuer der natürlichen Personen, die Körperschaftsteuer, die Steuer vom Einkommen

¹ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter Rechtsgrundlage die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

² Abkommen „between the Kingdom of Belgium and the Republic of Seychelles for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income“, geschehen zu Brüssel am 27. April 2006.

³ Protokoll, geschehen zu Brüssel am 27. April 2006.

⁴ Protokoll „modifying the agreement between the Kingdom of Belgium and the Republic of Seychelles for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income, signed at Brussels on 27 april 2006“, geschehen zu Brüssel am 14. Juli 2009.

⁵ Die Interministerielle Konferenz der Außenpolitik (IKA) billigte den Bericht der Arbeitsgruppe „gemischte Verträge“ über das schriftliche Verfahren, was durch Schreiben vom 20. Januar 2011 bestätigt wurde.

der nicht gewerblich tätigen juristischen Personen, die Steuer vom Einkommen der beschränkt Steuerpflichtigen und die zusätzliche Krisenabgabe handelt. Da die Gemeinschaften für die Steuern vom Einkommen⁶ nicht zuständig sind, ist die Zustimmung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht erforderlich.

⁶ Artikel 170 § 2 Absatz 2 der Verfassung; Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Januar 1989 bezüglich der Steuerkompetenz im Sinne von Artikel 110 §§ 1 und 2 der Verfassung; Verfassungsgerichtshof 4. März 2008, Nr. 44/2008, B.4.5.

Die Kammer setzte sich zusammen aus

den Herren	M. VAN DAMME,	Kammerpräsident,
	J. BAERT,	
	W. VAN VAERENBERGH,	Staatsräte,
	M. TISON,	
	L. DENYS,	Beisitzer der Gesetzgebungsabteilung,
Frau	A. BECKERS,	Kanzler.

Der bericht wurde von Herrn F. VANNESTE, Auditor, vorgelegt.

DER KANZLER

DER PRÄSIDENT

A. BECKERS

M. VAN DAMME

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Herrn W. PAS, erster Auditor,
übersetzt.

DER HAUPTKANZLER

D. LANGBEEN